

Antrag

**der Abgeordneten Richard Seelmaecker, Dr. Anke Frieling, Stephan Gamm,
Ralf Niedmers, André Trepoll (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/14780

Betr.: Taten statt Worte: Fußverkehr in Hamburg endlich sicher machen!

Wer auf Hamburgs Straßen unterwegs ist, lebt unter SPD und GRÜNEN zunehmend gefährlicher. Im Jahr 2023 gab es 63.542 Verkehrsunfälle auf Hamburgs Straßen. Das sind über 4 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Anzahl der Unfälle unter Alkoholeinfluss ist im Vergleich zu 2019 um 37 Prozent gestiegen. 20 Prozent der an Unfällen beteiligte E-Scooter-Fahrer waren unter dem Einfluss von Alkohol oder Rauschmitteln. In diesem Zusammenhang ist die von Rot-Grün unterstützte Legalisierung von Cannabis im Straßenverkehr eine Katastrophe mit Ansage. Die steigenden Unfallzahlen machen auch vor Hamburgs Fußgängern keinen Halt. Im Jahr 2023 gab es 1.318 Verkehrsunfälle unter Beteiligung von Fußgängern (+13 Prozent im Vergleich zum Beginn dieser Legislaturperiode), 982 wurden dabei verletzt (+11 Prozent im Vergleich zum Beginn dieser Legislaturperiode). Auch im Vergleich zum Vorjahr sind die Unfallzahlen und Anzahl der verletzten Fußgänger erneut merklich gestiegen. Auch auf dem vermeintlich sicheren Bürgersteig ist es für Fußgänger aufgrund teils desolater Zustände gefährlich: Kaputte Gehwegplatten, herausstehende Baumwurzeln oder nicht gestreute Wege werden für Fußgänger immer wieder zu Stolperfallen, die teilweise zu schlimmen Unfällen führen. Die stiefmütterliche Behandlung der Fuß- und Gehwege wird auch aus den immer wieder unbesetzten Stellen bei den Wegewarten in den Bezirken ersichtlich, wie sich aus den Drs. 22/11497 und 22/8516 ergibt. Das Glatteischaos der letzten Monate hat ebenso gezeigt: Unter dem aktuellen Senat werden Hamburgs Fuß- und Gehwege immer gefährlicher. Dies ist erstaunlich, denn Rot-Grün hat für viel Geld die sogenannten Fußgängerbeauftragten in einzelnen Bezirken ins Leben gerufen. Deren Erfolg muss angesichts der desaströsen Sicherheitsbilanz auf den Wegen der Hansestadt infrage gestellt werden. Der rot-grüne Antrag (Drs 22/14780) besteht erneut aus Absichtserklärungen und der Forderung nach Pilotprojekten, ohne jedoch wirkliche Verbesserungen für Hamburgs Fußgänger konkret zu terminieren und die dafür notwendigen Veränderungen zu finanzieren. Hier müssen endlich Taten statt Worte folgen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. sämtliche Geh- und Fahrradwege in einen verkehrssicheren Zustand zu bringen und dauerhaft zu erhalten,
 - a) dafür eine „Beleuchtungsoffensive“ gegen dunkle Ecken, Plätze, Straßen und (Geh-)Wege zu starten. Hier sollen unter anderem die Möglichkeiten der bedarfsorientierten, stromsparenden LED-Beleuchtung getestet sowie der Freischnitt an Verkehrsflächen intensiviert werden;

- b) dafür eine „Sauberkeitsoffensive“ gegen verschmutzte, zugewachsene oder zugeparkte Fuß- und Radwege initiieren und die regelmäßige Reinigung garantieren;
 - c) das dafür notwendige Personal einzustellen und dafür Sorge zu tragen, dass vakante Stellen bei den Wegewarten umgehend nachbesetzt werden.
2. zu dem unter Ziffer 1. genannten Zweck einen eigenen Förderfonds zur Gehwegsanierung aufzulegen;
 3. für jeden Bezirk ein eigenes Konzept zur Schulwegsicherung zu entwickeln;
 4. die Zahl der Gehsteigabsenkungen und Querungshilfen gezielt zu erhöhen;
 5. eine sich an Hamburger Betriebe richtende landeseigene Prämie zur Förderung der Nachrüstung von Bestands-Lkws mit Abbiegeassistenzsystemen aufzulegen;
 6. die Polizei in die Lage zu versetzen, sowohl mit Blick auf den motorisierten als auch auf den nicht motorisierten Verkehr mehr Großkontrollen, mehr mobile Verkehrskontrollen und mehr Verkehrssicherheitsaktionen, speziell vor Kindertagesstätten, Schulen, Altenheimen und an Unfallschwerpunkten, durchführen zu können;
 7. darzulegen, welche Konzepte seit Einführung der Fußverkehrsbeauftragten konkret entwickelt wurden;
 8. der Bürgerschaft bis zum 31.08.2024 zu berichten.